



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 19
Dienstag, 19. Dezember 2006
17:09 - 18:42 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 27.12.06

Vorsitz:	Dr. Paul Bösch	OeBS
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	Nichtmitglied
Stimmzähler:	Erwin Sutter Rolf Amstad	EDU SP
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	SR Peter Kämpfer Hanspeter Meier	Baureferent SVP
Schluss der Sitzung:	Rainer Schmidig	EVP

TRAKTANDEN

1	VdSR Anpassung des städtischen Rechts an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft, an die Einbürgerungsverordnung und an das Krankenversicherungsgesetz	Seite 569
2	Wahl von vier Mitgliedern in die Verwaltungskommission der Städtischen Werke	Seite 573
3	Wahl des Ratsbüros für das Jahr 2006	Seite 574
4	Motion Urs Tanner (SP): Road pricing	Nicht behandelt
5	Motion Peter Neukomm (SP): Aufwertung der Parlamentsarbeit	Nicht behandelt
6	Postulat Martin Egger (FDP): "EURO 08 - Chance für die Stadt Schaffhausen"	Nicht behandelt

PENDENTE GESCHÄFTE

EINGANG	TITEL DES GESCHÄFTES	
07.01.03	VdSR-Machbarkeitsstudie neues Fussballstadion	SPK
13.06.06	VdSR Totalrevision der Feuerwehrverordnung und der Tarifverordnung für die Verrechnung von kostenpflichtigen Feuerwehreinsätzen der Stadt Schaffhausen	SPK
27.06.06	Motion Urs Tanner (SP): Road pricing	
31.07.06	VdSR vom 4. Juli 2006: Einführung WoV-Betrieb nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen	SPK
31.10.06	VdSR Wasserwerk der Stadt Schaffhausen (WWS), Tarifordnung 2007 (TO 07)	GPK
14.11.06	Motion Peter Neukomm (SP):Aufwertung der Parlamentsarbeit	
21.11.06	VdSR Abgabe der Liegenschaft Hintersteig 1 im Baurecht	GPK
21.11.06	VdSR Abgabe der Liegenschaft Rosengasse 16 im Baurecht	GPK
21.11.06	VdSR Abgabe der Liegenschaft Hintersteig 7 im Baurecht	GPK
28.11.06	Postulat Martin Egger (FDP): EURO 08 – Chance für die Stadt Schaffhausen	
13.12.06	Motion Nicole Herren (FDP): Parkleitsystem	
19.12.06	Motion Edgar Zehnder (SVP): Rechtssicherheit im Ratsgeschäft?	

2006 Kleine Anfragen:

17	Edgar Zehnder (SVP)	Lausige Angelegenheit	30.11.06
18	Christa Flückiger (SP)	Bundessubventionen „Anschubfinanzierung für Tagesstrukturen“	09.12.06
19	Peter Neukomm (SP)	Fussballplätze statt Schiessanlage im Birch	12.12.06
20	Marianne Schwyn (SP)	Städtisches Kinder- und Jugendheim	04.12.06

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

**Traktandum 1 VdSR Anpassung des städtischen Rechts an das
Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft, an die
Einbürgerungsverordnung und an das
Krankenversicherungsgesetz**

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 31.10.06 einstimmig wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 31. Oktober 2006 betreffend Anpassung des städtischen Rechts an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft, an die Verordnung über die Einbürgerungsgebühren und an das Krankenversicherungsgesetz.
2. Die nachstehenden Verordnungen werden wie folgt an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare angepasst:

Die Verordnung über Besoldung, Ferien und Ruhegehalt des Stadtpräsidenten und des Stadtrates der Stadt Schaffhausen vom 11. Dezember 1979 wird wie folgt geändert:

§ 6 Satz 2

Für Kinder, die weder verheiratet sind noch in eingetragener Partnerschaft leben, wird der Zuschlag bis zur Vollendung des 25. Altersjahres ausgerichtet, sofern sie sich in Ausbildung befinden oder infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen nicht erwerbsfähig sind.

Die Verordnung über die Ausrichtung von Finanzhilfen für pflegende Angehörige vom 25. Januar 2005 wird wie folgt geändert:

Art. 2 Satz 1

Der Beitrag an die Pflege zu Hause soll die Pflege durch Ehegatten, Personen in eingetragener Partnerschaft, Verwandte in gerader Linie im Sinne von Art. 328 ZGB und Konkubinatspartnerinnen und Konkubinatspartner fördern und dadurch zur Entlastung der Institutionen und zur Verminderung des Bedarfs an Pflegebetten beitragen. (Satz 2 unverändert)

Art. 7

Antragsberechtigt sind die pflegebedürftige Person sowie die in Art. 2 Satz 1 aufgeführten weiteren Personen.

3. Die Einbürgerungsverordnung der Stadt Schaffhausen vom 4. April 2000 wird wie folgt geändert:

Art. 12

Die Gebühren richten sich nach dem kantonalen Recht.

*Art. 14
Wird aufgehoben.*

4. Die Verordnung über die teilweise Einführung der obligatorischen Krankenversicherung vom 2. November 1934 wird aufgehoben.
5. Ziff. 2, 3 und 4 dieses Beschlusses werden nach Art. 11 Abs. 1 lit i der Stadtverfassung je einzeln dem fakultativen Referendum unterstellt.
6. Dieser Beschluss tritt auf den 1. Januar 2007 in Kraft.

Traktandum 2 Wahl von vier Mitgliedern in die Verwaltungskommission der Städtischen Werke

Der Grosse Stadtrat wählt folgende Grossstadtratsmitglieder als Vertreter in die Verwaltungskommission der Städtischen Werke:

Urs Tanner (SP)	43 Stimmen
Christian Bächtold (FDP)	42 Stimmen
Alfons Cadario	42 Stimmen
Josef Eugster (SVP)	38 Stimmen

Absolutes Mehr:	21 Stimmen
Vereinzelte:	1 Stimme

Traktandum 3 Wahl des Ratsbüros für das Jahr 2007

- 3.1 Wahl der Präsidentin/des Präsidenten**
- 3.2 Wahl der 1. Vizepräsidentin/des 1. Vizepräsidenten**
- 3.3 Wahl der 2. Vizepräsidentin/des 2. Vizepräsidenten**
- 3.4 Wahl der zwei Stimmzählerinnen/Stimmzähler**

3.1 Wahl der Präsidentin/des Präsidenten
 Gewählt wurde **Alfred Tappolet (SVP)** **44 Stimmen**
 Absolutes Mehr: 23 Stimmen
 Vereinzelte: 1 Stimme

3.2 Wahl der 1. Vizepräsidentin/des 1. Vizepräsidenten
 Gewählt wurde **Thomas Hauser (FDP)** **39 Stimmen**
 Absolutes Mehr: 21 Stimmen
 Vereinzelte: 2 Stimmen

3.3 Wahl der 2. Vizepräsidentin/des 2. Vizepräsidenten
 Gewählt wurde **Christa Flückiger (SP)** **30 Stimmen**
 Absolutes Mehr: 23 Stimmen

Vereinzelte: 15 Stimmen

3.4 Wahl der zwei Stimmzählerinnen/Stimmzähler

Gewählt wurden **Rolf Amstad (SP)** 43 Stimmen
Theresia Derksen (CVP) 25 Stimmen

Absolutes Mehr: 24 Stimmen

Vereinzelte: 24 Stimmen

BEGRÜSSUNG

Ratpräsident Dr. Paul Bösch (OeBS) eröffnet die heutige letzte Ratssitzung Nr. 19 des Jahres 2006 mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, des Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der Medien sowie der Gäste auf der Tribüne.

Persönliche Erklärung von Rebekka Plüss (AL):

„Es ist mir ein Anliegen, zum Verlauf der Ratssitzung der vergangenen Woche und zu unserer Motion Road pricing noch kurz Stellung zu beziehen.“

Ich durfte in diesen 2 Jahren, die ich in diesem Rat verbrachte, oft erfahren, was Politik ist:

Nach einer heftigen Debatte steht man auf der Verliererseite. Manchmal ist es schwer zu verkraften, aber es ist Politik.

Man investiert in einen Vorstoss und schlussendlich konnte man nicht das erreichen, was man wollte. Das ist Politik.

Die Diskussionen werden sehr heftig ausgetragen, und manchmal sind sie nur noch knapp über der Gürtellinie anzutreffen, aber auch das ist Politik.

Zum Verlauf der letzten Ratssitzung hörte ich auch den Kommentar: Das ist halt Politik. Aber da muss ich sagen: Nein, das ist keine Politik. Das war nur *respektlos*. *Respektlos* gegenüber der langen Arbeit, die man in eine Motionsbegründung investiert. *Respektlos* gegenüber der jungen Generation hier im Saal, die auch mal etwas unkonventionelle Ideen auf das politische Parkett bringen will und darf. *Respektlos* gegenüber der gesamten Arbeit, die wir *alle* leisten in diesem Saal und *respektlos* gegenüber der demokratischen Tradition, die wir in diesem Land pflegen.

Überall wird über den Klimawandel diskutiert. Die Folgen des Klimawandels sind verheerend und verursachen horrenden volkswirtschaftlichen Kosten. Wir stehen in der Verantwortung, mögliche Massnahmen zu treffen oder sie auf jeden Fall mindestens zu diskutieren. Road pricing ist ein Modell, welches für Kostenwahrheit sorgen will und ist darum aus wirtschaftlicher Sicht sehr sinnvoll.

Sie wissen, dass in unserem Vorstoss kein Wort von einer flächendeckenden Einführung auf dem ganzen Stadtgebiet stand. In vielen Schweizer Städten, die zum Teil nicht grösser als Schaffhausen sind, wurden Arbeitsgruppen gebildet, um allfällige Road pricing Pilotprojekte zu prüfen. Ich glaube, mehr muss ich dazu nicht mehr sagen.

Wenn die Motion behandelt wird, wird Urs Tanner sie in ein Postulat umwandeln. Unser Anliegen ist uns zu wichtig und zu ernst, als dass wir damit weitere Machtkämpfchen spielen wollen.

Wie Sie bereits erfahren haben, wird dies meine letzte Sitzung sein. Mein Rücktrittsschreiben habe ich vor dem letzten Dienstag verfasst. Ich hätte mich sonst wohl etwas anders ausgedrückt.

In diesem Sinne hoffe ich, dass man im nächsten Jahr in diesem Saal wieder Politik betreibt und sich gegenseitig ernst nimmt. “

Der **Ratpräsident Dr. Paul Bösch (OeBS)** verliest das Rücktrittsschreiben vom 03.12.06 von Rebekka Plüss (AL):

”Als ich vor 2 Jahren hier in diesen Rat gekommen bin, wusste ich noch nicht genau, was die nächsten 4 Jahre bringen werden. Ich bin nun seit diesem Sommer Klassenlehrerin einer Oberstufenklasse in der Stadt Zürich. Die Arbeit bereitet mir viel Freude, aber sie braucht auch Kraft. Zudem bin ich nebenan immer noch an meiner Ausbildung, welche ich frühestens in zwei Jahren abschliessen werde. Ich muss leider immer mehr feststellen, dass es schwierig ist, Arbeit, Studium und Politik unter einen Hut zu bringen. Ich bin alleine durch die Arbeit und das Studium voll ausgelastet, und es fehlt mir an der Kapazität, mich hier im Rat so zu engagieren, wie ich dies gerne möchte.

Trotzdem: Diese 2 Jahre im Rat waren für mich eine gute Erfahrung, welche ich auf keinen Fall missen möchte. Ich musste oder konnte mich mit sehr unterschiedlichen Themen auseinander setzen, mit welchen ich sonst in meinem Alltag nicht konfrontiert worden wäre. Dies war sehr bereichernd.

Die Arbeit in den Spezialkommissionen war meist sehr konstruktiv. Man liest sich in einen Sachverhalt ein, wägt verschiedene Aspekte ab und kommt dann oft (leider nicht immer) zu einer für alle tragbaren Lösung. Ähnlich hätte ich mir dies an den Ratssitzungen gewünscht. Aber zu sehr waren die Meinungen schon vorher gemacht und zu fest ist jeder in seiner politischen Ideologie verstrickt und zu wenig traute man sich, über seinen eigenen Schatten zu springen, als dass wirklich konstruktive Diskussionen möglich wären. Es braucht viel Mut in diesem Rat, neue Ideen einzubringen.

Dass Sie mich nicht falsch verstehen: Die Lust am Politisieren ist mit nicht vergangen. Ich werde mich mit Bestimmtheit weiter engagieren. Für die Ratsarbeit jedoch fehlt es mir momentan an den nötigen Ressourcen.

Für die Zukunft wünsche ich Ihnen allen, dass man Ihnen zuhört und Toleranz entgegenbringt, so dass niemandem die Freude am Politisieren vergeht.

Ihnen und unserer Stadt alles Gute!”

Dr. Paul Bösch (OeBS) würdigt die Ratsarbeit von Rebekka Plüss (AL):

”Rebekka Plüss begann ihre Ratsarbeit mit der neuen Legislaturperiode am 01.01.05. Sie war in der ständigen Kommission “Trägerverein Jugendarbeit Schaffhausen”, hat die bekannte Motion Road pricing mit unterzeichnet und war in 6 Spezialkommissionen tätig. Zudem hat sie 3 Kleine Anfragen eingereicht.

Liebe Rebekka, Du hast in den Spezialkommissionen wie auch im Rat mit engagierten und fundierten Voten mitgewirkt. Ich verstehe, dass Du Dein Engagement und Deine Ressourcen nicht beliebig aufteilen kannst. So wünsche ich Dir für das Studium und für den Beruf viel Erfolg und freue mich, wenn Du Dich später wieder aktiv in die Politik einbringst. “

Die Ratsmitglieder haben erhalten bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Kleine Anfrage Nr. 20/2006 Marianne Schwyn (SP): Kinder- und Jugendheim, vom 04.12.06
- Motion Nicole Herren (FDP): Parkleitsystem vom 13.12.06
- Beantwortung der Kleinen Anfrage Nr. 12/2006, Edgar Zehnder (SVP): Herrenacker, sind wir auf Kurs?” vom 19.12.06
- Beantwortung der Kleinen Anfrage Nr. 14/2006, Nihat Tektas (FDP): “Attraktivierung Altstadt” vom 19.12.06
- Beantwortung der Kleinen Anfrage Nr. 15/2006, Dr. Raphaël Rohner (FDP) betreffend Einzonung von Bauland für gehobene Ansprüche vom 19.12.06
- Beantwortung der Kleinen Anfrage Nr. 16/2006, Dr. Raphaël Rohner (FDP): Ersatz Parkplätze Landhausareal ab 2007 vom 19.12.06
- Einladung zur Schaffhauser Buch-Premiere mit der Talk-Runde “Wenn Frauen leiten” vom 10.01.07, 19.00 Uhr, im Park-Casino Schaffhausen
- Einladung zur heutigen Präsidialfeier des Ratspräsidenten 2007

Verhandlungsbereit gemeldete Geschäfte von der GPK:

- VdSR vom 21.11.06, Abgabe der Liegenschaft Hintersteig 7 im Baurecht
- VdSR vom 21.11.06, Abgabe der Liegenschaft Rosengasse 16 im Baurecht

Diese beiden Geschäfte werden auf der nächsten Traktandenliste erscheinen.

PROTOKOLL

Das Protokoll Nr. 18 vom Dienstag, 12.12.06 wurde vom Ratsbüro geprüft und liegt bei der Ratssekretärin zur Einsichtnahme auf. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

**Traktandum 1 VdSR Anpassung des städtischen Rechts an das
Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft, an die
Einbürgerungsverordnung und an das
Krankenversicherungsgesetz**

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)

GPK-Sprecherin

„Im Namen der GPK stelle ich Ihnen die Vorlage des Stadtrates vom 31. Oktober 2006 betreffend Anpassung des städtischen Rechts an das Partnerschaftsgesetz, an die Verordnung über die Einbürgerungsgebühren und an das Krankenversicherungsgesetz vor.“

Der Präsident der GPK, Alfred Zollinger, hat mir den Auftrag erteilt, diese trockene Materie so zu präsentieren, dass keines der übrigen 49 Ratsmitglieder einschläft. Kein leichtes Unterfangen, aber ich werde mich bemühen, das Geschäft so kurz als möglich zu behandeln oder, um es mit den Worten des Butlers von Dinner for one zu sagen: I'll do my very best.

Die heute Abend zu behandelnde Vorlage läuft ganz unter dem Motto „nacheilender Gehorsam“. Es geht zunächst um die Umsetzung auf kommunaler Ebene des Bundesgesetzes über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz) vom 18. Juni 2004. Das eidgenössische Partnerschaftsgesetz verbessert die rechtliche Stellung gleichgeschlechtlicher Paare, ohne aber die eingetragene Partnerschaft der Ehe gleichzustellen. Das neue Bundesgesetz erlaubt es gleichgeschlechtlichen Paaren ab dem Korckenknall in der Silvesternacht, ihre Partnerschaft beim Zivilstandsamt registrieren zu lassen und damit rechtlich abzusichern.

Am 24. September 06 haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons Schaffhausen einer Anpassung der Kantonsverfassung zugestimmt, die nötig wurde, um das eidgenössische Partnerschaftsgesetz auch auf kantonaler Ebene umzusetzen. Am 1. Januar 2007 wird das eidgenössische Partnerschaftsgesetz in Kraft treten. Auf kantonaler wie kommunaler Ebene müssen überall dort, wo für Ehepaare oder Konkubinatspaare besondere Regelungen bestehen, diese auch auf die eingetragenen Partnerschaften ausgedehnt werden.

Davon sind auch zwei Verordnungen des Grossen Stadtrates betroffen, nämlich die Verordnung über die Besoldung, Ferien und Ruhegehalt des Stadtpräsidenten und des Stadtrates der Stadt Schaffhausen sowie die Verordnung über die Ausrichtung von Finanzhilfen für pflegende Angehörige.

Bei der Verordnung über die Besoldung, Ferien und Ruhegehalt des Stadtpräsidenten und des Stadtrates der Stadt Schaffhausen erfährt lediglich § 6 Satz 2 eine Änderung, indem der Passus „unverheiratete Kinder“ durch „Kinder, die weder verheiratet sind noch in eingetragener Partnerschaft leben“ ersetzt wird. All diejenigen, die erwartet haben, dass die Vorlage auch gleich die Umsetzung der Motion Gertrud Walch beinhaltet, muss ich leider enttäuschen. Die Motion weilt immer noch im Dornröschenschlaf, wobei uns der Stadtpräsident jedoch versicherte, dass sie der Prinz bald wach küssen wird. Damit meine ich selbstverständlich nicht Gertrud Walch, sondern die gleichnamige Motion.

In Art. 2 Satz 1 der Verordnung über die Ausrichtung von Finanzhilfen für pflegende Angehörige gehören neu auch die Personen in eingetragener Partnerschaft zu den

antragsberechtigten Personen.

Soweit die durch die Einführung des Partnerschaftsgesetzes nolens volens durchzuführenden Anpassungen. In der Vorlage wird Ihnen auf Seite 3 noch erklärt, wieso bei weiteren gesetzlichen Regelungen auf eine Anpassung der Verfassungs- und Verordnungstexte verzichtet werden kann.

Der Stadtrat hat gleichzeitig noch etwas in der Mottenkiste gewühlt und - siehe da - eine Verordnung aus dem Jahre 1934 gefunden, die seit dem Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes, das heisst dem 1. Januar 1996, toter Buchstabe ist. Es ist daher nur recht und billig, wenn die Verordnung über die teilweise Einführung der obligatorischen Krankenversicherung nach bald 11 Jahren würdig entsorgt wird.

Schliesslich gilt es noch, die städtische Einbürgerungsverordnung an das neue eidgenössische und kantonale Einbürgerungsrecht anzupassen. Mit dem Inkrafttreten der neuen kantonalen Verordnung über die Einbürgerungsgebühren am 1. Januar 2006 sind die in Art. 12 und 14 der städtischen Einbürgerungsverordnung geregelten Gebührentarife obsolet geworden, so dass auch diese zwei Artikel guten Gewissens gestrichen werden können.

Alle *drei vorgeschlagenen Änderungen städtischer Verordnungen* werden je einzeln dem *fakultativen Referendum* unterstellt, da es sich um drei verschiedene voneinander unabhängige Geschäfte handelt.

Die GPK hat diese Vorlage am 30. November 2006 behandelt und ist darauf eingetreten, ohne dass ein Gegenantrag gestellt wurde. In der Schlussabstimmung hat sie die Vorlage mit 7:0 Stimmen gut geheissen und sie zuhanden des Grossen Stadtrates verabschiedet. So ersuche ich Sie im Namen der GPK, dieser Vorlage zuzustimmen.

Es folgt nun noch kurz die Erklärung der **Fraktion der SVP/JSVP/EDU**:

Die Fraktion wird auf diese Vorlage eintreten und ihr zustimmen, im Wissen darum, dass in diesem Bereich so oder anders kein Spielraum besteht, da das übergeordnete eidgenössische und kantonale Recht allfällig widersprechendes kommunales Recht bricht.

Ich danke denjenigen, die noch nicht den Schlaf des Gerechten gefunden haben, für Ihre Aufmerksamkeit. “

Walter Hotz (FDP)

FDP/jfsh-Fraktionserklärung

”Die **FDP/jfsh-Fraktion** hat zum Votum der GPK-Sprecherin Cornelia Stamm Hurter keine Ergänzungen anzuführen. Wir werden auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen. “

Marcel Wenger (Stadtpräsident)

Stellungnahme

”Ich bedanke mich herzlich bei der Sprecherin der GPK, Cornelia Stamm Hurter, für ihren Bericht, den niemand besser wie Sie hätte darstellen können. Ich empfehle Ihnen, auf diese Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. “

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird. **EINTRETEN** ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Alfred Tappolet (SVP)**, verliest die Vorlage Seiten 1 - 4 sowie die Seiten 4 und 5 mit den Anträgen wie folgt:

ANTRÄGE:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 31. Oktober 2006 betreffend Anpassung des städtischen Rechts an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft, an die Verordnung über die Einbürgerungsgebühren und an das Krankenversicherungsgesetz.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

2. Die nachstehenden Verordnungen werden wie folgt an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare angepasst:

Die Verordnung über Besoldung, Ferien und Ruhegehalt des Stadtpräsidenten und des Stadtrates der Stadt Schaffhausen vom 11. Dezember 1979 wird wie folgt geändert:

§ 6 Satz 2

Für Kinder, die weder verheiratet sind noch in eingetragener Partnerschaft leben, wird der Zuschlag bis zur Vollendung des 25. Altersjahres ausgerichtet, sofern sie sich in Ausbildung befinden oder infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen nicht erwerbsfähig sind.

Die Verordnung über die Ausrichtung von Finanzhilfen für pflegende Angehörige vom 25. Januar 2005 wird wie folgt geändert:

Art. 2 Satz 1

Der Beitrag an die Pflege zu Hause soll die Pflege durch Ehegatten, Personen in eingetragener Partnerschaft, Verwandte in gerader Linie im Sinne von Art. 328 ZGB und Konkubinatspartnerinnen und –partner fördern und dadurch zur Entlastung der Institutionen und zur Verminderung des Bedarfs an Pflegebetten beitragen. (Satz 2 unverändert)

Art. 7

Antragsberechtigt sind die pflegebedürftige Person sowie die in Art. 2 Satz 1 aufgeführten weiteren Personen.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

3. Die Einbürgerungsverordnung der Stadt Schaffhausen vom 4. April 2000 wird wie folgt geändert:

Art. 12

Die Gebühren richten sich nach dem kantonalen Recht.

Art. 14*Wird aufgehoben.**Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

4. Die Verordnung über die teilweise Einführung der obligatorischen Krankenversicherung vom 2. November 1934 wird aufgehoben.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

5. Ziff. 2, 3 und 4 dieses Beschlusses werden nach Art. 11 Abs. 1 lit i der Stadtverfassung je einzeln dem fakultativen Referendum unterstellt.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

6. Dieser Beschluss tritt auf den 1. Januar 2007 in Kraft.

*Kein Gegenantrag, so beschlossen.***Schlussabstimmung:**

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 31.10.06 bezüglich Anpassung des städtischen Rechts an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft, an die Verordnung über die Einbürgerungsgebühren und an das Krankenversicherungsgesetz einstimmig gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 Wahl von vier Mitgliedern in die Verwaltungskommission der Städtischen Werke

Dr. Raphaël Rohner (FDP) schlägt im Namen der FDP/jfsh-Fraktion **Christian Bächtold (FDP)** als Mitglied der Verwaltungskommission vor.

Rainer Schmidig (EVP) schlägt im Namen der OeBS/EVP-Fraktion **Alfons Cadario (EVP)** als Mitglied der Verwaltungskommission vor.

Alfred Zollinger (SVP) schlägt im Namen der SVP/JSVP/EDU-Fraktion **Josef Eugster (SVP)** als Mitglied der Verwaltungskommission vor.

Peter Neukomm (SP) schlägt im Namen der SP/AL-Fraktion **Urs Tanner (SP)** als Mitglied der Verwaltungskommission vor.

Dr. Paul Bösch (OeBS), Ratspräsident**Bekanntgabe Wahlergebnis**

Zahl der Stimmberechtigten	50
Zahl der ausgeteilten Wahlzettel	49
Zahl der eingegangenen Wahlzettel	49 x 4 = 196
Zahl der leeren und ungültigen Stimmen	30
Zahl der gültigen Stimmen	166
Absolutes Mehr: 166 : 8 = aufgerundet	21

Es wurden gewählt:

Urs Tanner (SP)	43 Stimmen
Christian Bächtold (FDP)	42 Stimmen
Alfons Cadario (EVP)	42 Stimmen
Josef Eugster (SVP)	38 Stimmen

Absolutes Mehr	21 Stimmen
Vereinzelte	1 Stimme

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 Wahl des Ratsbüros für das Jahr 2006

3.1 Wahl des Präsidenten/der Präsidentin

Alfred Zollinger (SVP) schlägt im Namen der SVP/JSVP//EDU-Fraktion den bisherigen 1. Vizepräsidenten **Alfred Tappolet (SVP) als Ratspräsidenten 2007** vor, der die zweijährige "Bürolehre" erfolgreich bestanden habe.

Weitere Vorschläge liegen nicht vor.

Zahl der Stimmberechtigten	50
Zahl der ausgeteilten Wahlzettel	49
Zahl der eingegangenen Wahlzettel	49
Zahl der leeren und ungültigen Stimmen	4
Zahl der gültigen Stimmen	45
Absolutes Mehr: $46 : 2 =$ aufgerundet	23
Vereinzelte	1

Gewählt wurde **Alfred Tappolet (SVP)** mit **44 Stimmen**.

3.2 Wahl des 1. Vizepräsidenten/der 1. Vizepräsidentin

Dr. Raphaël Rohner (FDP) schlägt im Namen der FDP/jfsh-Fraktion **Thomas Hauser (FDP)** als 1. Vizepräsidenten zur Wahl vor.

Weitere Vorschläge liegen nicht vor.

Zahl der Stimmberechtigten	50
Zahl der ausgeteilten Wahlzettel	49
Zahl der eingegangenen Wahlzettel	49
Zahl der leeren und ungültigen Stimmen	8
Zahl der gültigen Stimmen	41
Absolutes Mehr: $41 : 2 =$ aufgerundet	21
Vereinzelte	2

Gewählt wurde **Thomas Hauser (FDP)** mit **39 Stimmen**.

3.3 Wahl des 2. Vizepräsidenten/der 2. Vizepräsidentin

Urs Tanner (SP) schlägt im Namen der SP/AL-Fraktion **Christa Flückiger (SP)** als 2. Vizepräsidentin zur Wahl vor.

Weitere Vorschläge liegen nicht vor.

Zahl der Stimmberechtigten	50
Zahl der ausgeteilten Wahlzettel	49
Zahl der eingegangenen Wahlzettel	49
Zahl der leeren und ungültigen Stimmen	4
Zahl der gültigen Stimmen	45
Absolutes Mehr: $45 : 2 =$ aufgerundet	23
Vereinzelte	15

Gewählt wurde **Christa Flückiger (SP)** mit **30 Stimmen**.

2.4 Wahl der beiden Stimmenzähler/Stimmenzählerinnen

Alfons Cadario (EVP) schlägt **Theresia Derksen (CVP)** als Stimmenzählerin vor.
Urs Tanner (SP) schlägt **Rolf Amstad (SP)** als Stimmenzähler vor.

Weitere Vorschläge liegen nicht vor.

Der **Ratspräsident** schlägt als Stimmenzähler dieses Wahlganges Wilhelm Hefti (SP) vor. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Zahl der Stimmberechtigten	50
Zahl der ausgeteilten Wahlzettel	49
Zahl der eingegangenen Wahlzettel: $49 \times 2 =$	98
Zahl der leeren und ungültigen Stimmen	6
Zahl der gültigen Stimmen	92
Absolutes Mehr: $92 : 4 =$ aufgerundet	24
Vereinzelte	24

Es wurden gewählt:

Theresia Derksen (CVP)	25 Stimmen
Rolf Amstad (SP)	43 Stimmen

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSWORT

Folgender **persönliche Vorstoss** ist während der Sitzung eingegangen:

Motion Edgar Zehnder (SVP): Rechtssicherheit im Ratsgeschäft? vom 19.12.06.
Dieses Geschäft wird auf der Trakandenliste der nächsten Ratssitzung erscheinen.

Persönliche Rede von **Dr. Paul Bösch (OeBS)** zum Schluss des Präsidialjahres:

"Das Ratsjahr - und damit auch mein Präsidialjahr - neigt sich dem Ende entgegen. So wie ich vor ungefähr 2 Stunden den letzten Pflasterstein auf dem Herrenacker eingesetzt habe, setze ich nun mit einigen persönlichen Gedanken einen

Schlusspunkt unter mein Amtsjahr auf dem Bock.

Wie wohl alle meine Vorgängerinnen und Vorgänger habe ich im Januar mit einer gewissen Skepsis und etwas Unsicherheit hier oben Platz genommen. Doch schon bald spürte ich Wohlwollen und Unterstützung von Ihrer Seite und auch seitens des Stadtrates. Dafür möchte ich Ihnen allen an dieser Stelle meinen herzlichen Dank aussprechen.

Es war für mich ein interessantes und vielfältiges Jahr, welches mir Einblicke in verschiedene Sparten des öffentlichen Lebens gewährt hat. Dazu gehörten neben sportlichen und musikalischen Veranstaltungen auch Grussbotschaften im Auftrag des Stadtrates an der Einbürgerungsfeier und an einem internationalen Kongress.

Ein besonderes Ereignis war die Teilnahme an der von der Gesellschaft für Parlamentsfragen organisierten Tagung in Basel zu Thema „Parlamente im Spannungsfeld zwischen Demokratie und Effizienz“. Dieses Spannungsfeld erleben wir selber häufig, und es wird auch deutlich, wenn ich als Beispiel die erste *These* und *Antithese* des Arbeitspapiers der Tagung zitiere:

These: Die Bürgerinnen und Bürger wollen Resultate sehen, keine endlosen Debatten. Die Zielerreichung ist prioritär; der Weg, der zum Ziel führt, ist sekundär. Ein Parlament, das nicht mehr fähig ist, zeit- und sachgerecht Entscheide zu fällen, untergräbt das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen. Eine derartige Situation stärkt antiparlamentarische und antidemokratische Tendenzen.

Antithese: Parlamente müssen – anders als private Unternehmungen und öffentliche Verwaltungen – nicht primär effizient sein, sie müssen vor allem die vielfältigen und teils gegensätzlichen Interessen der Gesellschaft repräsentieren. Die Artikulation dieser Interessen, die öffentliche parlamentarische Auseinandersetzung und die demokratische Entscheidungsfindung brauchen Zeit. Das Parlament stellt auf diese Weise die Legitimität des staatlichen Handelns her. Diese Legitimität ist Voraussetzung für die Akzeptanz und damit für die Effektivität staatlichen Handelns. Besser ein ausgereifter Entscheid als ein „Schnellschuss“, der sich in der Praxis nicht bewährt.

Die lebhafte Diskussion an der Tagung zeigte, dass andere Parlamente mit ähnlichen Fragen konfrontiert sind und sich zum Teil ebenfalls mit einer Reorganisation des Parlamentsbetriebs beschäftigen.

Als Gedankenanstoss für *unsere* weitere Ratsarbeit möchte ich noch folgende Äusserungen und Wünsche der Tagungsteilnehmer aufgreifen:

- Ein Parlament ist dann effizient, wenn es grundsätzliche Probleme breit diskutieren kann.
- Das Parlament sollte wieder vermehrt den Weg vom Konkurrenzsystem zurück zum Konkordanzsystem finden.
- Die Ratsarbeit wird oft dadurch erschwert, dass Geschäfte schon im Voraus in den Medien und im Publikum breit diskutiert werden. Als Beispiel dazu wurde die Debatte um den Casino-Neubau in Basel erwähnt. Die Medien-Debatte machte es dann schwieriger, von einmal gefassten Meinungen abzuweichen.

Mit dem letzten Zitat (von einem Zürcher Parlamentarier geäussert) werfe ich einen Blick voraus auf die nächstes Jahr zu diskutierende Motion über die Aufwertung der Parlamentsarbeit (ich zitiere): *Das Parlament darf vor der Komplexität der Geschäfte nicht kapitulieren, sondern muss professioneller arbeiten und anständig bezahlt werden.*

Nach diesen eher grundsätzlichen Gedanken zur Parlamentsarbeit komme ich abschliessend wieder zurück zu ganz konkreten Anliegen, nämlich meinem Dank an verschiedene Personen, die – oft als stille Schaffer im Hintergrund – den Ratsbetrieb massgeblich unterstützen und ermöglichen. Mit diesem Dank verbunden ist auch die Überreichung eines kleinen Präsentes.

Der erste Dank geht an den Abwart der Rathauslaube, Herrn Bucher. Er tritt selten in Erscheinung, hat aber im Hintergrund eine wichtige Aufgabe.

Der nächste Dank geht an Christian Schneider und die ganze Stadtkanzlei. Oft war ich froh, wenn ich ihn in heiklen Situationen als „juristisches Gewissen des Rats“ ansprechen konnte.

Ein besonderer Dank gebührt auch unserem Ratsweibel Hanspeter Pletscher, der keine Mühe scheut, einen ungestörten Ratsbetrieb zu ermöglichen und der alle Unterlagen stets pünktlich und perfekt bereitstellt.

Und „ladies last - but not least“ gebührt ein grosser Dank unserer Ratssekretärin Gaby Behring, die unermüdlich Protokolle für den Rat und die GPK schreibt und auch bei zeitweise grosser Hektik und zahlreichen zu erfüllenden Aufgaben Übersicht und Ruhe bewahrt. Sie war auch stets bemüht, die nötigen Auskünfte zu erteilen und in organisatorischen Belangen Hilfe zu leisten. Auch ihr gebührt ein grosser und herzlicher Applaus.

Der letzte Dank (diesmal ohne Geschenk, aber trotzdem sehr herzlich) gilt der guten und konstruktiven Zusammenarbeit mit den Kollegen vom Ratsbüro, der GPK unter deren Präsidenten Alfred Zollinger und dem gesamten Stadtrat. “

Zum Schluss bleibt mir nur noch, dem zukünftigen Präsidenten alles Gute zu wünschen und Sie zur Wahlfeier zu entlassen. “

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 18:42 Uhr.

Die nächste Ratssitzung findet am **16. Januar 2007, um 17.00 Uhr**, statt.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt

Schaffhausen, 27.12.06